

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)**Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche**

Der aktuelle Bremer Verfassungsschutzbericht 2019 beschreibt Vorfälle innerhalb der Liegenschaft des Alten Sportamtes, welche höchstmöglichen Anlass zur Besorgnis geben sollte.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Nutznießer einer mit staatlichen Geldern geförderten Bremer Liegenschaft diese zumindest zeitweilig zum Zwecke eines autonomen Trainingscamp linksextremer Kräfte umfunktionierten, indem dort unter anderem Ausbildungen stattfanden, um zum Beispiel, Polizeisperren zu durchbrechen.

Es kann und darf nicht angehen, dass Gruppierungen wie die Interventionistische Linke, die Antifaschistische Gruppe Bremen und die Basisgruppe Antifa Bremen, also Gruppierungen, welche der gewaltorientierten Szene zuzurechnen sind und offen Position gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat beziehen, die Liegenschaft als Veranstaltungsort für vorgenannte Demonstrationsvorbereitungen nutzen konnten.

Abgesehen davon scheint auch niemand aus dem Senat fundierte Kenntnisse darüber zu besitzen, welcher Natur die dort durchgeführten Konzerte, Partys oder Workshops überhaupt waren. Handelt es sich bei näherer Betrachtung möglicherweise bereits um eine linksautonome Operationsbasis nach dem Prinzip „Die Straße zur Bambule – das Sportamt als Hort“? Dieser Verdacht liegt mehr als nahe!

Es lässt sich inzwischen nun wirklich nicht mehr leugnen, welche hochgradig radikalisierten und gewaltbereiten Kräfte Teil der linksautonomen Szene im Land Bremen sind und dass deren menschliche Hemmschwelle, einschließlich der rohen Gewaltbereitschaft gegen Menschen und Sachen, immer weiter sinkt.

Da werden munter Anschläge gegen die Bremer Polizei sowie Immobilienfirmen durchgeführt und der linken Szene unliebsame Personen des politischen Lebens in Bremen, also erkannte Andersdenkende, sind definierte Ziele. Es kann nicht angehen, dass linksextreme Biotop- und Planungs- beziehungsweise Rückzugsbasen über öffentliche Mittel gefördert werden und sei es auch nur durch leihweise Überlassung.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die zweckentfremdete Nutzung der Liegenschaft „Altes Sportamt“ aufs Schärfste und fordert eine rechtfertigende Stellungnahme zu den benannten Vorkommnissen durch den Verein Klapstuhl, sowie eine detaillierte Überprüfung der Mittelvergabe in den linkspolitischen Bereichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) den Leihvertrag mit dem Verein Klapstuhl unverzüglich zu beenden sowie die Räumung der Liegenschaft ausdrücklich sicherzustellen

sowie wirksame Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um einem erneuten Besetzungszustand vorzubeugen,

- b) die Rolle der Partei DIE LINKE in diesem Fall gründlich durch den Verfassungsschutz untersuchen zu lassen,
- c) die Partei DIE LINKE als identifizierten parlamentarischen Arm der sogenannten Antifa endlich unter Verfassungsschutzbeobachtung zu stellen.

Peter Beck AfD